

Zur Aktualität der Politischen Ökonomie von Josef Steindl

Alois Guger, Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen (WIFO)

Gesellschaftskritische Wurzeln der Nationalökonomie

Im Vorwort zu seinem 1990 erschienenen Essayband „Economic Papers 1941-88“ (Steindl, 1990, p. vii) schrieb Josef Steindl: „...all my ideas run somewhat counter to the mainstream of economic thinking of the last decades.“ und J. E. King (1995) stellte seine Rezension dieses Buches unter den Titel "Outside the mainstream".

Die Hauptströmung, das dominante ökonomische Paradigma, bildete seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts die Neoklassik in ihren verschiedenen Ausformungen. Im Zentrum der neoklassischen Vision vom Wirtschaftsgeschehen stehen rationale gut informierte Individuen mit klar definierten Präferenzen, die über vollkommene Märkte kommunizieren und agieren. Soziale Beziehungen, Macht und Institutionen spielen dabei keine nennenswerte Rolle. Der Wirtschaftsprozess wird aus der Perspektive individueller Akteure erklärt, die als Haushalte oder Firmen autonom über dem Markt und unter dem Diktat des Marktes als Konsumenten und Produzenten agieren. Handelt jeder nach seinem Eigennutz und beschränkt sich der Staat auf die Erhaltung eines funktionsfähigen Wettbewerbs und die Kontrolle des Geldangebots, so garantiert der Marktmechanismus Vollbeschäftigung und die optimale Allokation aller Ressourcen. Diese Ökonomie beschränkt sich auf Allokationsfragen und bleibt von normativen Ansprüchen unbefleckt. Sie wurde zu einer Apologetik der bestehenden Verhältnisse, danach ergeben sich Vollausslastung aller Ressourcen und eine pareto-optimale Einkommensverteilung automatisch, für Wirtschaftspolitik bleibt nur ein ordnungspolitischer Spielraum.

Auch Steindl wurde in der neoklassischen Tradition, der Österreichischen Schule der Nationalökonomie erzogen, kam aber in seinen ersten Berufsjahren am Institut für Konjunkturforschung, dem heutigen Institut für Wirtschaftsforschung, schon bald mit den neuen Strömungen aus England in Kontakt, da Gerhard Tintner kurz nach ihrem Erscheinen ein Seminar über die 'Allgemeine Theorie' von J. M. Keynes (1936) organisierte.

Angesichts der Hilflosigkeit der gängigen Lehre gegenüber der Massenarbeitslosigkeit der Zeit war die neue Lehre geradezu eine Offenbarung und führte ihn rasch weg von der

Österreichischen Schule. Bereits 1937 publizierte der junge Josef Steindl mit seinem Artikel „Der Konjunkturzyklus von Harrod“ (Steindl, 1937) die Rezension eines Buches von R. Harrod (1936), das unmittelbar nach der ‚Allgemeinen Theorie‘ und in deren Dunstkreis erschienen war. Dabei handelte es sich um keine normale Rezension, sondern um eine ausführliche und informierte Auseinandersetzung mit der neuen, von Keynes inspirierten Lehre. So betont K. W. Rothschild (1994, p. 131f.) in seiner umfassenden Würdigung von Steindl und seinem Werk: „It was the thrill of the new ideas together with his strong social conscience aroused by the economic depression which ‚propelled‘ Steindl strongly into the new and pioneering studies.“

Mit seiner Emigration 1938 nach England fand Steindl in Oxford das intellektuelle Klima, das seine weitere wissenschaftliche Entwicklung bestimmte, zuerst als Forschungslektor am Balliol College und ab 1941 am Oxford Institute of Statistics, wo er auf Michael Kalecki traf, der von da an sein ökonomisch Denken am stärksten prägte. Zusammen mit Kalecki, John Robinson¹⁾, Harrod und Kaldor begründete Steindl jenen Zweig der ‚Keynes-Kalecki Revolution‘, der aus der thematischen Enge und Statik der neoklassischen Synthese²⁾ ausbrach und an die gesellschaftspolitische und dynamische Tradition der klassischen Ökonomie anknüpfte.

Die klassische Politische Ökonomie war an den langfristigen Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus interessiert, an der Entwicklung der Produktivkräfte und den Faktoren, die den Wohlstand der Bevölkerung begründen. Sie verstand sich als gesellschaftskritische Wissenschaft, deren Grundlagen der Moralphilosoph Adam Smith legte und die mit wissenschaftlicher Analyse gegen die feudale Gesellschaftsordnung auftrat und die bürgerliche Revolution intellektuell stützte. David Ricardo und Karl Marx setzten die klassische Ökonomie in der politischen Praxis ein und entwickelten sie dabei in entscheidender Weise weiter: Ricardo in den parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Getreidegesetze gegen die Feudalherrn und im Dienste der neuen kapitalistischen Ordnung, und später Marx in seiner Kritik am Kapitalismus und seinen Krisenerscheinungen.

Unter der Anleitung seines ‚Lehrermeisters‘ Kalecki wurden die Marxschen Themen Monopol und Wirtschaftskrise die zentralen Themen des Steindlschen Lebenswerkes. Auch methodisch

1) Joan Robinson beklagte, dass Keynes immer wieder Gefahr lief, in die neoklassische Denkweise zurückzufallen: "there were moments when we had some trouble getting Maynard to see what the point of his revolution really was." (Robinson, 1975, S. 125.

2) Die ‚neoklassischen Synthese‘ dominierte im Anschluss an die Hicks'sche Interpretation der General Theory die Lehrbücher der ersten Nachkriegsjahrzehnte und die Wirtschaftspolitik der späten sechziger und frühen siebziger Jahre.

und stilistisch war Steindl ein lupenreiner Kaleckianer³⁾, der immer auf theoretische Klarheit und Realitätsnähe Wert legte und versuchte, den Wirtschaftsprozess auf empirischer Basis dynamisch zu modellieren. Für ihn war immer "Economic policy ... the main inspiration of economic theory" (Steindl, 1990, p. 251).

Josef Steindl verknüpfte in seinem Werk Methoden der mikro- und makroökonomischen Analyse und entwickelte sein Forschungsprogramm stets im Lichte der praktischen Erfahrung weiter. In seinem ersten Buch "Small and Big Business" aus dem Jahr 1946 analysierte er den Prozess der zunehmenden Kapitalkonzentration und der Oligopolisierung der Märkte und sieht neben den bekannten, technisch bedingten Vorteilen der Massenproduktion, die Ursachen in den hohen Kosten für Forschung und Entwicklung und den günstigeren Finanzierungsmöglichkeiten für größere Unternehmen.

Schwächetendenz oligopolistischer Wirtschaften

In seinem Buch „Maturity and Stagnation in American Capitalism“ (1952) erklärte Josef Steindl die Stagnation der US-Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit mit Oligopolisierungstendenzen. Bei polypolistischem Wettbewerb sind die Gewinnspannen sehr flexibel, die Preise werden bei schwacher Nachfrage gesenkt und Überkapazitäten relativ rasch beseitigt. In oligopolistischen Industrien werden Preissenkungen dagegen möglichst vermieden; hier bestimmt die Nachfrage nicht die Preise, sondern die Kapazitätsauslastung. Der steigende Anteil oligopolistischer Konkurrenz tendiert dazu, die Kapazitätsauslastung und damit die Investitionstätigkeit zu verringern. Je stärker der Konzentrationsprozess einer Wirtschaft, umso länger dauert ein Konjunkturabschwung (ohne politische Eingriffe).

Diese Entwicklung wird durch ein stärkeres Sicherheitsbedürfnis der großen Konzerne, die weniger risikofreudig agieren, die Verschuldungsquote senken und mehr interne Ersparnisse anhäufen, noch verstärkt. Die Annahme, dass Großkonzerne ihre Vorteile aufgrund von Skalenerträgen eher zur Sicherung ihres Überlebens als zur Ausnutzung jeder Gewinnchance nützen, hat Steindl 1965 in seinem Buch "Random Processes and the Growth of Firms" an einem stochastischen Modell begründet und empirisch untermauert.

Trotz dieser Oligopolisierungs- und Konzentrationstendenzen kam es zwischen Anfang der fünfziger und Mitte der siebziger Jahre nicht zu einer Stagnation reifer Volkswirtschaften, sondern zum „Goldenen Zeitalter des Kapitalismus“ (Marglin-Schor, 1990). Josef Steindl führt

³⁾ Während Keynes Arbeiten Interpretationsspielraum lassen und Auseinandersetzungen über die Frage 'Was Keynes wirklich meinte?' provozierten, zeichnen sich die Arbeiten Micheal Kaleckis durch ihre analytisch Klarheit, kurze stringente Formulierung und empirische Orientierung aus.

eine Reihe von Faktoren an, welche der inhärenten Schwächetendenz des „Monopolkapitalismus“ während dieser Periode entgegenwirkten:

- der stabilisierende Effekt des wachsenden öffentlichen Sektors, der die Nachfrage auch bei einem konjunkturellen Einbruch des privaten Sektors aufrecht erhält
- die internationale Kooperation der Wirtschaftspolitik (insbesondere der antizyklischen Konjunkturpolitik und der Währungspolitik)
- technische Innovationen und neue Produkte, die besondere Investitionsanreize bieten
- die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Gewerkschaften, die eine stabile Lohnquote sichert

Wir erkennen sofort, dass alle diese Faktoren – mit Ausnahme der technischen Innovationen – heute verloren gegangen sind. Die Schwächetendenzen haben sich deshalb in Europa verstärkt.

Im „Goldenen Zeitalter des Kapitalismus“ erhöhten stark steigende öffentliche Ausgaben die effektive Nachfrage. Solange diese Ausgaben durch höhere Gewinnsteuern finanziert werden, wirken sie stark expansiv (Kalecki). In den letzten Jahrzehnten wurden jedoch die Gewinnsteuersätze mit Hinweis auf die internationale Konkurrenz gesenkt und die öffentlichen Ausgaben zunehmend aus den Masseneinkommen finanziert. Dadurch und durch die steigenden Importquoten wurde der Multiplikator öffentlicher Ausgaben wesentlich niedriger.

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die internationale Kooperation der Wirtschaftspolitik (Bretton-Woods-System) stabilisierende Wirkung. Mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs zerfiel dieses System der Zusammenarbeit. Auch die internationale Koordination der Rezessionsbekämpfung ging verloren. In der Europäischen Union – nicht in den USA – wurde eine antizyklische Budgetpolitik für eine „keynesianische Verfehlung“ gehalten. Die Konjunkturpolitik wurde im Euro-Raum auf die Geldpolitik beschränkt, die hier weit weniger wirkt als in den angelsächsischen Ländern. Die Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum sind bekannt.

Auch die Stabilität der Lohnquote, welche die Massenkaufkraft sicherte, ist ein Phänomen der Vergangenheit. In den letzten Jahrzehnten ging die Lohnquote in Europa stark zurück, weil die hohe Arbeitslosigkeit und die explizite Drohung der Produktionsverlagerung (Outsourcing) die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften schwächten. In den oligopolistischen Industrien wird die starke Verringerung der Kosten durch Auslagerung der Produktion nach China und Osteuropa kaum in niedrigeren Preisen weitergegeben; das gilt besonders für Markenartikel. Die Folge sind außerordentlich hohe Gewinnsteigerungen, die eher für Aktienrückkäufe und Mergers&Acquisitions als für Investitionen in Sachkapital verwendet werden. Die

Selbstauflösung des Kommunismus als alternatives Gesellschaftssystem setzt der "Gier des Geldes" keine Grenzen mehr.

Der einzige Faktor, welcher der von Steindl beschriebenen Schwächetendenz oligopolistischer Wirtschaften heute noch entgegenwirkt ist, ist die technische Innovation (und die antizyklische Politik in den USA). Kein Wunder, dass die wirtschaftliche Schwächephase im Euro-Raum nach dem letzten Rezessionseinbruch mehr als vier Jahre dauerte – fast doppelt so lang wie in früheren Zyklen.

Stagnationspolitik

Als Stagnationspolitik bezeichnete Steindl den politischen Vorrang der Preisstabilität und Budgetkonsolidierung gegenüber den Zielen Wachstum und Vollbeschäftigung. Die Halbierung der Wachstumsraten seit den fünfziger und sechziger Jahren – und damit den Verlust der Vollbeschäftigung - führte Steindl weniger auf objektive ökonomische Faktoren als vielmehr auf die Änderung der politischen Haltung zurück.

Die Erdölkrisen der siebziger Jahre haben zu hohen Preissteigerungen geführt und damit das Ziel der Preisstabilität in den Vordergrund gerückt. Die durch die Erdölkrisen verursachten Rezessionen und vor allem die Inflationsbekämpfung durch massive Zinssatzerhöhungen haben zu hohen Budgetdefiziten geführt. Damit ist das Ziel der Budgetkonsolidierung in den Vordergrund gerückt. In Österreich war dieser „erlittene“ Anstieg der Budgetdefizite, der von den Medien gerne als Folge der „Kreiskyschen Schuldenpolitik“ bezeichnet wird, geringer als in den anderen europäischen Ländern. Die sogenannte „Schuldenpolitik“ war also in anderen, zum Teil konservativ regierten Ländern ausgeprägter.

Ebenso wie die Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre, die dem Keynesianismus den Weg bereitet hatte, so ermöglichten in den siebziger und achtziger Jahren hohe Inflationsraten und Budgetdefizite die neoklassische Konterrevolution – die „Rückkehr der Bourbonen“ (Bhaduri-Steindl, 1980). In den letzten zehn Jahren wurden die Inflationsraten und Budgetdefizite durch die „Stagnationspolitik“ im Euro-Raum gegenüber dem vorigen Jahrzehnt halbiert, allerdings auf Kosten steigender Arbeitslosigkeit. Heute ist die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit wieder zum zentralen wirtschaftspolitischen Problem in Europa geworden. Es ist deshalb politisch hoch an der Zeit, die „Bourbonen wieder von ihrem Thron zu vertreiben“ und jene Wege neu zu entdecken, die uns zur Vollbeschäftigung zurückführen.

Ein wichtiger Grund für die Abwendung von der Vollbeschäftigungspolitik lag auch in den Erfahrungen, welche die Unternehmen damit gemacht hatten. Kalecki hatte schon 1943 auf diese politischen Aspekte hingewiesen. Vollbeschäftigung stärkt die Position der

Gewerkschaften und der Betriebsräte, sie verschiebt die Verhandlungsmacht von den Unternehmen zu den Gewerkschaften. Volle Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivitätswachstum, Forderungen nach Mitbestimmung und Ausweitung des Wohlfahrtsstaats sind damit verbunden. Diese wahren Hintergründe bleiben jedoch in der politischen Diskussion im Verborgenen.

Skepsis gegenüber der EU-Politik

Steindls Bild von einer bewussten Politik der Stagnation beschreibt treffend wesentliche Elemente des makroökonomischen Rahmenwerks der Europäischen Union. Obwohl Stabilität und Wachstum versprochen werden, dominiert mittelfristig schwache Wirtschaftsentwicklung und hohe Arbeitslosigkeit. Dies scheint auch damit zusammenzuhängen, dass jene Institutionen stark ausgeprägt sind, die Preisstabilität und niedrige Staatsverschuldung einfordern. Demgegenüber fehlen Institutionen, die sich um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Vollbeschäftigung kümmern.

Josef Steindl hat sich im Jahr 1988 in einem kurzen Papier, das im *Kurswechsel* veröffentlicht wurde, pessimistisch zur Wirtschaftspolitik der EU geäußert (Steindl 1988). Er stellt in diesem Artikel zwei Visionen gegenüber, das "Europa von Keynes" und das "Europa der EU". Mit Rückgriff auf das richtungsweisende Werk von Keynes zu den "Economic Consequences of the Peace" (Keynes 1919) und sein Konzept der "Clearing Union" (Keynes 1980) macht Steindl klar, dass eine wirtschaftlich erfolgreiche Europäische Union die gemeinsamen Interessen betonen und vor allem für einen Ausgleich der Interessen zwischen Schuldner- und Gläubigerländern sorgen müsse. Die gemeinsame Politik auf EU-Ebene soll vermeiden, dass Länder mit hohen Defiziten in der Leistungsbilanz zu extrem restriktiven Maßnahmen gezwungen werden, die zu Rezession und Arbeitslosigkeit führen, worunter die gesamte Union leiden würde. Dieses Problem ist sehr aktuell, es betrifft derzeit die südeuropäischen Länder ebenso wie die meisten mittelosteuropäischen Länder.

Steindl sah das "Europa der EU" primär auf die Angebotsseite der Wirtschaft ausgerichtet und vom Versuch geprägt, durch die Schaffung eines immer größeren Binnenmarktes, des Ausnutzens von economies of scale und einer effizienteren Allokation durch intensiveren Wettbewerb zu wirtschaftlichem Erfolg zu gelangen. Die Bilanz dieses wirtschaftspolitischen Weges ist – wie von Steindl vorausgesehen – sehr dürrig. Schwaches Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit und wachsende Verteilungsunterschiede prägen die wirtschaftliche Entwicklung der EU.

Nachfragepolitik im Sinne Steindls

Josef Steindl ist immer für eine expansive Wirtschaftspolitik eingetreten. Er verstand darunter allerdings nicht nur die traditionelle keynesianische expansive Geld- und Fiskalpolitik, sondern vor allem auch langfristig ausgerichtete Politik der Nachfragestimulierung. Die Betonung der Nachfrageseite für die wirtschaftliche Entwicklung stellt eine der Trennlinien Steindls gegenüber der neoklassischen Theorie dar. Allerdings wies er strikt zurück, dass Nachfragepolitik sich auf die kurze Frist beschränken müsse. Die moderne Trennung von Konjunkturzyklus und langfristigem Trend schien ihm – ganz in der Tradition von Michal Kalecki (1968) - völlig unbrauchbar. Steindl favorisierte die Budgetpolitik als wichtigstes Instrument der kurzfristigen Nachfragesteuerung. Antizyklische öffentliche Investitionen schienen ihm am besten geeignet, um Überhitzungen zu vermeiden und Rezessionen zu bekämpfen. Gegenüber Abwertungen als konjunkturpolitisches Instrument war er skeptisch, weil sie zu niedrigeren Reallöhnen und geringerem Wohlstand führen würden. Der Geldpolitik maß er vor allem mittelfristige Bedeutung zu. Eine Politik des billigen Geldes – die Zinsen sollten so niedrig wie möglich gehalten werden – würde private und öffentliche Investitionen unterstützen, vor allem auch durch ihre erwartungsstabilisierende Wirkung. Deshalb war Steindl gegen eine aktivistische und antizyklische Geldpolitik, sie würde eher zu einer Destabilisierung der Erwartungen führen.

Langfristig ausgerichtete Nachfragepolitik hielt Steindl vor allem in drei Bereichen für notwendig: In der Stimulierung von Innovationen, in der Reduktion der Sparquoten und in der Verbesserung der Politikkoordination.

Reduktion der Sparquoten der privaten Haushalte

Steindl hielt die hohe Sparneigung der privaten Haushalte für eine der wichtigsten Ursachen der Stagnation nach 1975: "The economy is unable to adjust to lower growth rates because its savings propensity is geared to a high one" (Steindl 1979). Die hohen Sparraten – Ergebnis steigender Lebensstandards – führen zu einem Mangel an Konsumnachfrage und verlangen eine vollständige Neuorientierung der Wirtschaftspolitik. Steindl analysiert dieses Problem mit Hilfe des Instruments der Finanzierungssalden der makroökonomischen Akteure (private Haushalte, Unternehmen, Staat, Ausland), deren Summe stets null ergeben muss. Das Instrument der Finanzierungssalden ist tautologisch, erlaubt allerdings wesentliche Einsichten für die empirische Analyse. Wenn die privaten Haushalte mehr sparen, dann dämpft dies Konsumnachfrage, BIP und Gewinne; die Verschuldung der Unternehmen, des Staates oder des Auslandes steigt.

Steindl stand mit der Empfehlung, das Haushaltssparen zu reduzieren und die Unternehmensinvestitionen zu stimulieren ganz in der Tradition von Keynes, der dieser Politik schon 1943 zentrale Bedeutung für die Überwindung einer langfristig drohenden wirtschaftlichen Stagnation zumaß (Keynes 1980). Es mag überraschen, dass gerade Josef Steindl, dessen persönliche Lebensführung von Bescheidenheit und Residualsparen geprägt war, der Verringerung der Ersparnisse so hohe Bedeutung beimaß. Allerdings verwechselte er nie individuelle Handlungen mit gesamtwirtschaftlichen Phänomenen. Damit stand er in krassem Gegensatz zu Hayek, für den Sparen keine Frage der Ökonomie, sondern eine der Moral war, und zu den Neoklassikern, für die Sparen die Voraussetzung für Investitionen darstellt. Steindls Ökonomie war zu sehr von der Empirie und der genauen Beobachtung der Daten geprägt, um auf diese Ideologien hineinzufallen.

Die Bedeutung der Überlegungen Steindls zur Sparneigung zeigt sich auch heute im Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung der Industriestaaten. Das Wirtschaftswachstum war in den letzten zehn Jahren vor allem in jenen Ländern hoch, in denen der Sparanteil am verfügbaren Einkommen zurückging. Dazu zählen die USA, Großbritannien und die skandinavischen Länder. Hingegen litten jene Länder unter schwachem Wachstum und steigender Arbeitslosigkeit, in denen die Sparneigung stieg, wie etwa in Deutschland und Österreich. Die Entwicklung der Sparneigung dürfte wesentlich von den Kursen auf Aktien- und Immobilienmärkten beeinflusst sein. Aber auch die Verteilung der Einkommen spielt wegen der unterschiedlichen Höhe der Sparneigung nach Einkommenschichten eine wichtige Rolle. Steindl plädierte deshalb für eine Politik der Umverteilung zugunsten der unteren Einkommensgruppen, um die gesamtwirtschaftliche Sparneigung zu verringern. Keynes forderte vor allem eine Reduktion der Arbeitszeit zur Stimulierung des privaten Konsums.

Verbesserung der Politikkoordination

Steindl sah im Niedergang der wirtschaftspolitischen Kooperation einen wesentlichen Grund für die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und nannte das Auseinanderbrechen des Systems fester Wechselkurse von Bretton-Woods und den Übergang zu einem System flexibler Wechselkurse ebenso als Beispiel wie die Erosion gesamtwirtschaftlicher Lohnverhandlungen und der Sozialpartnerschaft.

Ironischerweise leidet gerade die EU, die politisch mit dem Ziel einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Staaten gegründet worden war, im Bereich der Wirtschaftspolitik unter einem eklatanten Mangel an Kooperation. Dies betrifft etwa die

Koordination der Budgetpolitik der Mitgliedsstaaten in Rezessions- und Stagnationsphasen, Maßnahmen zur Eindämmung des schädlichen Steuerwettbewerbs zwischen den Mitgliedsstaaten oder die bessere Abstimmung von Geldpolitik der EZB, Budgetpolitik der Mitgliedsländer und Lohnpolitik der Sozialpartner. Die "Unabhängigkeit" wichtiger wirtschaftspolitischer Institutionen der EU behindert die notwendige Politikkoordination.

Schlussendlich ist es allerdings nicht ein Mangel am Willen zu kooperieren, sondern die von Steindl kritisierte politische Einstellung zugunsten von Preisstabilität, Budgetrestriktion und Wettbewerb zwischen den Ländern und zulasten von Wachstum, Beschäftigung und Verteilung, der die EU ihre wirtschaftlichen Potentiale nicht realisieren lässt.

Stimulierung der Investitionstätigkeit durch Technologie- und Innovationspolitik

In seinem Artikel „Ideas and Concepts of Long Run Growth“ (1981) beschäftigte sich Steindl mit Fragen des langfristigen Wachstums. Er hob die Rolle des technischen Fortschritts als Investitionsanreiz hervor. Damit folgte er den Überlegungen von Kalecki, der Innovationen als wichtigsten Stimulus für das Wachstum betrachtete. Gleichzeitig betonte Steindl die Bedeutung des wirtschaftlichen Klimas und damit der effektiven Nachfrage für die Umsetzung von Know-how in Innovation. Damit stellte er einen Zusammenhang zwischen Trend und Zyklus her.

Die Investitionstätigkeit, die treibende Kraft hinter der wirtschaftlichen Entwicklung, wird hauptsächlich von drei Faktoren beeinflusst: interne Akkumulation (Gewinne), Kapazitätsauslastung und Innovationen. Die Wirtschaftspolitik kann diese Determinanten der Investitionen beeinflussen, vor allem die Kapazitätsauslastung (durch Nachfragepolitik) und die Innovationen (durch Förderung besonders riskanter Vorhaben).

Steindl argumentierte, dass exogene Innovationen in der Wachstumstheorie eine ähnliche Rolle spielen wie zufällige Schocks in der Konjunkturtheorie - mit einem großen Unterschied: die Effekte der Innovationen liegen immer auf der positiven Seite. Innovationen regen die Investitionstätigkeit an; wann und ob investiert wird, hängt jedoch von der effektiven Nachfrage ab.

Technologie- und F&E-Politik sind somit wichtige Instrumente, um Investitionen und Wachstum positiv zu beeinflussen. Steindl gab direkten Förderungsmaßnahmen bei weitem den Vorzug vor indirekten (Steuererleichterungen). Er sah es als unerlässlich an, technologische Projekte zu evaluieren und Schwerpunktprogramme zu entwickeln. Durch Technologiepolitik kann ein Land eine dauerhafte Steigerung des Wohlstands erreichen - durch Lohnzurückhaltung bzw.

Abwertungen nur eine zeitweilige Erhöhung des Wachstums, das durch Reallohnneinbußen erkaufte ist.

Steindl betonte auch die wachstumspolitische Bedeutung der Bildung und Weiterbildung, die er in engem Zusammenhang mit der Technologie sah. Er hielt das zu langsam wachsende Angebot an Naturwissenschaftlern und Ingenieuren in Österreich für ein entscheidendes Hindernis der Technologieentwicklung. Vor allem in der Bildungs- und Technologiepolitik beklagte Steindl den Mangel an Planung in Österreich. Er pflegte zu sagen, dass die Österreicher nicht für die Zukunft planen, sondern hoffnungs- und vertrauensvoll in die Vergangenheit blicken. An der Neuen Linken kritisierte Steindl Ende der sechziger Jahre ihre Technologiefeindlichkeit. Die Grenzen des Wachstums sah er letztlich in der Lernfähigkeit der Gesellschaft.

Mit ihrer Betonung von Technologie und Bildung können Kalecki und Steindl als Vorläufer der endogenen Wachstumstheorie angesehen werden. Darüber hinaus erkannten Kalecki und Steindl den Einfluss der effektiven Nachfrage auf die Transformation von Innovationen in Investitionen (Prototypen usw.). Die effektive Nachfrage beeinflusst damit und über die Erwartungsbildung auch das langfristige Wachstum - was heute von den angebotsorientierten Vertretern des Mainstream geleugnet wird. Konjunktur und Wachstum können durch mechanistische Zeitreihenanalysen nicht sinnvoll getrennt werden, weil sie die gleichen Ursachen haben.

Unterschiedliche Wachstumsstrategien

Die Unterschiede zwischen Steindls Ideen und dem Paris-Brüssel-Konsens, wie er von EU-Kommission und OECD vertreten wird, könnten nicht größer sein. Der eklatante Misserfolg des Paris-Brüssel Konsenses sollte die Politiker in Europa allmählich wachrütteln. Der Euro-Raum weist nicht nur die niedrigsten langfristigen Wachstumsraten, sondern auch die höchste Arbeitslosigkeit unter allen großen Weltregionen auf.

Das Festhalten an den angebotspolitischen Konzepten lässt sich wohl am besten mit einem Zitat von Paul Krugman erklären: "Jene absurden und törichte Vorstellungen, die unter dem Etikett "supply-side economics" (angebotsorientierte Wirtschaftspolitik) kursieren, nähme mit Sicherheit kaum jemand ernst, stünde diese Doktrin nicht den Interessen der Wohlhabenden so nahe und würde sie von diesen über die einschlägigen Medien nicht systematisch im Gespräch gehalten (Krugman 2001, S. 201).

References

- Bhaduri A., Steindl J. (1980), *The Rise in Monetarism as a Social Doctrine*, Thames Papers in Political Economy, Autumn, p.18.
- Harrod R. (1936) *The Trade Cycle*, Clarendon, Oxford
- Kalecki M. (1943) "*Political Aspects of Full Employment*", *Political Quarterly*, 14(4), pp. 322-31, reprinted in Kalecki M. (1971) *Selected essays on the dynamics of the capitalist economy*, Cambridge University Press, London, pp.138-145.
- Kalecki M. (1968) "*Trend and Business Cycle Reconsidered*", *The Economic Journal*, 78(310), pp. 263-76.
- Keynes J. M. (1919) *The Economic Consequences of the Peace*, Macmillan, Basingstoke.
- Keynes J. M. (1936) *The General Theory of Employment Interest and Money*, Macmillan St. Martin's Press, London and Basingstoke.
- Keynes J. M. (1980) *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, vol. XXVII, Macmillan St. Martin's Press for the Royal Economic Society, Cambridge.
- King, J. E. (1995) "*Outside the mainstream*", *Cambridge Journal of Economics*, 19, p. 463-475.
- Krugman, P. (2001) *Die große Rezession. Was zu tun ist, damit die Weltwirtschaft nicht kippt*. Econ-Verlag, München.
- Marglin S., Schor J. (1990) *Golden age of capitalism. Reinterpreting the Post-war Experience*, Oxford.
- Robinson, J. (1975) "*What Has Become of the Keynesian Revolution?*" in Milo Keynes, ed., *Essays on John Maynard Keynes*, Cambridge University Press, Cambridge, pp. 123-31.
- Rothschild, K. W. (1994) "*Josef Steindl: 1912 – 1993*", *The Economic Journal*, 104(1), pp. 131-137.
- Steindl J. (1937) "*Der Konjunkturzyklus von Harrod*", *Zeitschrift für Nationalökonomie*, vol.8(2), S. 229-237.
- Steindl J. (1945) *Small and Big Business. Economic Problems of the Size of Firm*, Blackwell, Oxford.
- Steindl J. (1952) *Maturity and Stagnation in American Capitalism*, Blackwell, Oxford.
- Steindl J. (1979): "*Stagnation theory and stagnation policy*", *Cambridge Journal of Economics*, 3, pp. 1-14, in Steindl J. (1990) pp. 107-126.
- Steindl J. (1981) "*Ideas and Concepts of Long Run Growth*", in Steindl J.(1990) pp.127-138.
- Steindl J. (1988) "*Diskussionsbeitrag zur EG-Frage*", *Kurswechsel*, 4(3), S. 3-7.
- Steindl J. (1989) "*From Stagnation in the 30s to Slow Growth in the 70s*", in Berg M. (ed.): *Political Economy in the Twentieth Century*, Philip Allen, Oxford; reprinted in Steindl J. (1990), pp. 166-179.
- Steindl J. (1990): *Economic Papers 1941-88*, Macmillan, Basingstoke.

Autoren:

Alois Guger, Referent für Einkommens- und Sozialpolitik am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung

Markus Marterbauer, Referent für Makroökonomie, Konjunktur und Wachstum am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung

Ewald Walterskirchen, Referent für Makroökonomie, Konjunktur und Wachstum am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung